

2181. Artikel zu den Zeitereignissen

Flüchtlings-Programm und rechtsfreie Räume, Teil 260

Friederike Beck "Die geheime Migrationsagenda"(Teil 25) – Steinmeier – Anetta Kahanes "Statistik" (9)

Friederike Beck schreibt weiter:¹ *Im Jahr 2000 besaß das reichste Prozent der Weltbevölkerung rund 40 Prozent des Weltvermögens. Die reichsten 10 Prozent besaßen zusammen 85 Prozent des Weltvermögens, die ärmeren 50 Prozent zusammen nur 1 Prozent. Nach einer Oxfam²-Studie von 2014 verstärkte sich seither die Vermögenskonzentration noch deutlicher: Die reichsten 85 Menschen verfügen demnach über denselben Reichtum wie die ärmere Hälfte der Erdbevölkerung zusammengenommen. Diese 85 reichsten Menschen verfügten 2014 über ein Vermögen von einer Billion britischen Pfund, was dem Gesamtvermögen der 3,5 Milliarden ärmsten Menschen entspricht.³ »Gleichermaßen profitieren«⁴ sieht anders aus.*

Auf dem Höhepunkt der Flüchtlingskrise: Führende Vertreter der Migrationsagenda besuchen das Auswärtige Amt in Berlin



(http://germany.iom.int/sites/default/files/Events/2015-11-04_Press-conference-MFA.jpg)

Am 4. November 2015 fand in Berlin ein Runder Tisch zur Migration mit Vertretern der IOM, der UNO und anderen hochkarätigen Teilnehmern statt. Außenminister Steinmeier kündigte dabei weitere 75 Millionen Euro Unterstützung für das UN-Flüchtlingswerk UNHCR und das Welternährungsprogramm an. Bei der Pressekonferenz im Anschluss an das Treffen mit dem

¹ *Die geheime Migrationsagenda*, S. 153/154 (Kopp 2016).

² Verbund von verschiedenen Hilfs- und Entwicklungsorganisationen mit Sitz in Großbritannien (F.B.)

³ Unter Anmerkung 35 steht: [rg/wiki/Vermögensverteilung](http://de.wikipedia.org/wiki/Vermögensverteilung)

⁴ Siehe Artikel 2174 (S. 2)

Chef der Internationalen Organisation für Migration »dankte Generaldirektor Swing Minister Steinmeier für seine politische Initiative in der aktuellen Flüchtlingskrise und betonte, dass die internationale Gemeinschaft nicht nur die Pflicht, sondern vielmehr ein Interesse daran habe, Migration zu fördern«?⁵

Halten wir einen Moment inne: Anfang November 2015, mitten in einer Migrationskrise historischen Ausmaßes, die die Behörden der Hauptaufnahmeländer bis heute an den Rand des Zusammenbruchs führt, deren Kosten nicht einmal erahnt werden können – ganz zu schweigen von den Sicherheitsproblemen mit Hunderttausenden unregistriert, wild Eingewanderten –, stellt sich William Lacey Swing hin und spricht, als ob nichts geschehen sei, von einer Pflicht, ja sogar von einem Interesse der Migrationsförderung!

Wir können ganz sicher sein: Solange Bundeskanzlerin wie Bundesaußenminister Berater wie Swing und Sutherland haben, wird sich an der sogenannten Flüchtlingskrise nichts ändern, da sie ganz offensichtlich gewollt ist, ja sogar noch zur weiteren »Förderung« von Migration aufgerufen wird.

Der US-Amerikaner William Lacey Swing hatte vor seiner Tätigkeit bei der IOM als US-Botschafter in sechs verschiedenen Ländern gearbeitet. Seltsam, dass er beim CFR-Termin über die globale Antwort auf die Flüchtlingskrise im Mittelmeer – »A Global Response to the Mediterranean Migration Crisis« – die USA nicht dazu aufrief, mehr Flüchtlinge aufzunehmen und die Lasten gerechter zu verteilen. Diese Lasten sollen jedoch ausschließlich in Europa verteilt werden. Momentan sieht die »globale« Antwort auf die Krise so aus, dass Masseneinwanderung nach Österreich, Deutschland und Schweden stattfindet. William Lacey Swing von der International Organisation for Migration kündigt es sehr klar an:

"Migration in großem Maßstab ist unvermeidlich, notwendig und wünschenswert. [...] Dies mag eine noch stärkere Herausforderung sein: Wir werden lernen müssen, unvermeidlich wachsenden Multikulturalismus, Multiethnizität und das Multireligiöse zu managen. Es passiert gerade. Wir kommen nicht daran vorbei. Immer mehr Länder werden unausweichlich all das werden müssen. Und wenn wir nicht lernen, Vielfalt zu managen, wird es sehr schlimm werden ..."⁶

Anetta Kahanes "Statistik" (8)

Demonstrationen gehören offiziell zum Grundrecht.⁷ Wer den Demonstrationenzug einer angemeldeten Demo – auch wenn sie sich gegen "Asylbetrug", "Masseneinschleusung" und "Islamisierung unserer Gesellschaft" wendet (s.u.) – blockiert, verhindert die Inanspruchnahme eines Grundrechtes. Der Staat ist verpflichtet, Blockaden von Demonstrationsgegnern aufzulösen. Wenn zudem Politiker den Blockierern Beifall klatschen,⁸ zeigen sie ihre Sympathie gegenüber dem autoritären Links-Staat.⁹

⁵ Unter Anmerkung 36 steht: <http://germany.iom.int/en/veranstaltungen-en>

⁶ Unter Anmerkung 37 steht: <http://www.cfr.org/migration/global-response-mediterranean-migration-crisis/p37057>

⁷ <http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/pocket-politik/16394/demonstrationsrecht>

⁸ <http://www.shz.de/lokales/holsteinischer-courier/rechte-demo-asyl-gegner-werden-gestoppt-id11217841.html>

⁹ Siehe Artikel 2171 (S. 3)



(Neumünster, 14. 11. 2015: Vereinzelt kam es am Rande der Demonstration zu Rangeleien zwischen Blockierern und der Polizei.¹⁰ Symptomatisch für den fachistoiden *Links-Staat*¹¹ ist die Verunglimpfung des politischen Gegners mit den Orwellschen Begriffen "rechts", "rechtsradikal", "Neonazi", "Nazi", usw.)



Neumünster, 14.11.2015: Unter dem Motto "Neumünster wehrt sich" demonstrierten etwa 90 Personen gegen „Asylbetrug“, „Masseneinschleusung“ und „Islamisierung unserer Gesellschaft“. Laut netz-gegen-nazis war die Demonstration der erste gelungene Versuch der rechten Szene seit 2012, in Schleswig-Holstein landesweit zu einer Veranstaltung zu mobilisieren. Die Demo und die zugehörige Facebook-Seite wurden laut Recherchen von netz-gegen-nazis "von mehreren landesweit aktiven, aber nicht NPD-gebundenen Rechtsextremen aus Neumünster und Ostholstein" organisiert. Die Demonstration wurde wegen Blockaden nach wenigen Metern beendet.
Quelle: netz-gegen-nazis [1]




01.01.2015 - 08.11.2016

Daß die angekündigte Demo in Neumünster vom 14. 11. 2015 in der Karte *flüchtlingsfeindlicher Vorfälle*¹² als ein *flüchtlingsfeindlicher Vorfall* gewertet wird,¹³ zeigt, wie wenig Demokratie-Verständnis in der staatlich geförderten *Amadeu-Antonio-Stiftung* der Ex-Stasi-Mitarbeiterin Anetta Kahane,¹⁴ die vielfach mit Falschmeldungen in Erscheinung getreten ist,¹⁵ vorhanden ist.

¹⁰ <http://www.shz.de/artikelbildstrecke/11217841/0>

¹¹ Siehe Artikel 2171 (S. 3)

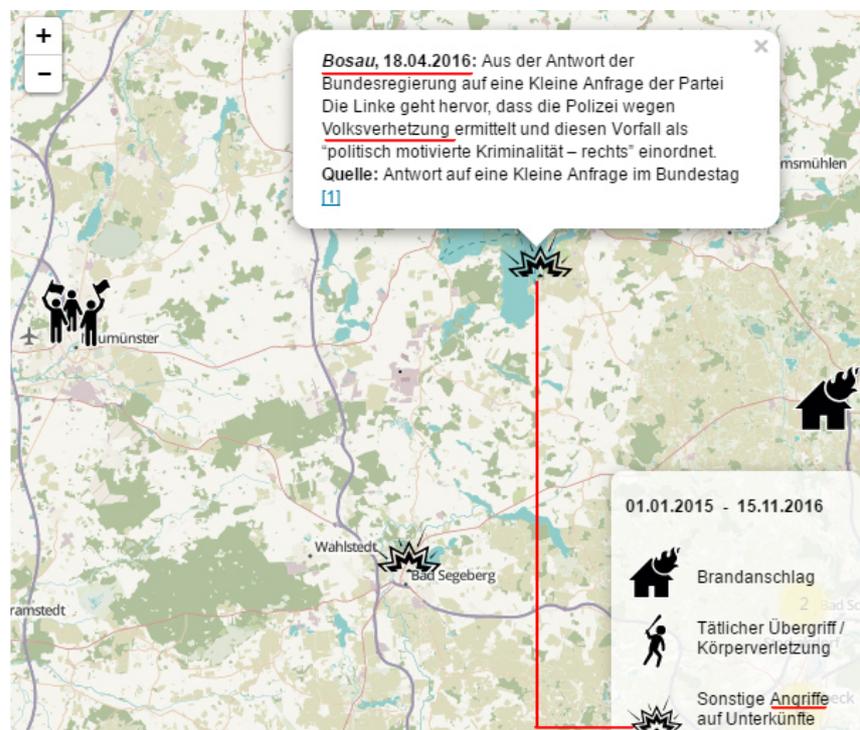
¹² <https://www.mut-gegen-rechte-gewalt.de/chronik-karte>

¹³ Quelle: <http://www.netz-gegen-nazis.de/artikel/jahresr%C3%BCckblick-2015-schleswig-holsten-flucht-und-asyl-als-dominierende-themen-10826>

¹⁴ https://de.wikipedia.org/wiki/Anetta_Kahane

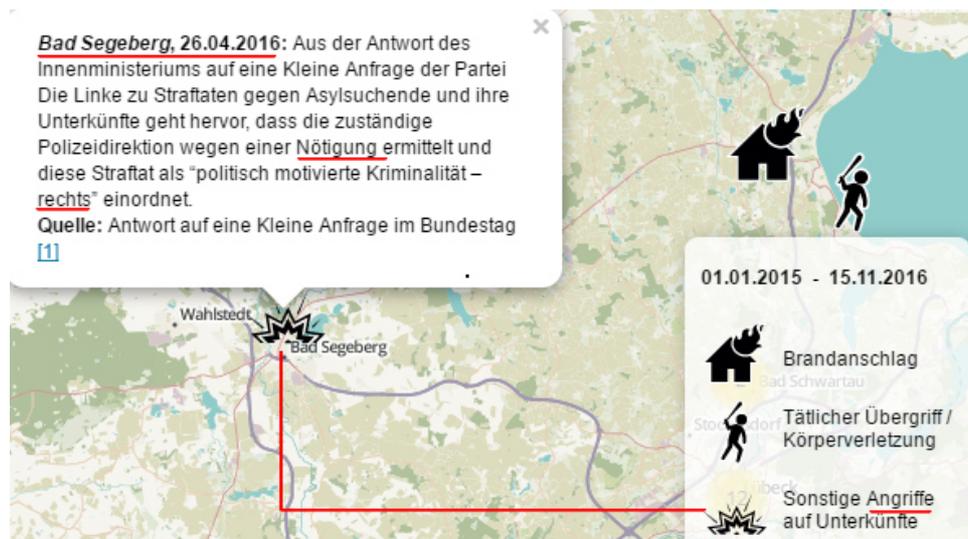
¹⁵ Siehe Artikel 2167 (S. 3-5), 2168 (S. 4-7), 2169 (S. 3/7), 2170 (S. 3-5), 2171 (S. 4/5), 2172 (S. 3/4), 2173 (S. 3/4), 2174 (S. 3).

Der nächste Fall, eine nicht näher beschriebene (sogenannte) *Volksverhetzung* (s.u.) aus der "unerschöpflichen Quelle" ¹⁶ *Antwort der Bundesregierung* ¹⁷ wird fälschlicherweise als *Angriff auf Unterkünfte* angegeben:



484	<u>18.04.2016</u>	<u>Bosau</u>	SH	<u>Volksverhetzung § 130 StGB</u>	X
-----	-------------------	--------------	----	-----------------------------------	---

Ebenso stützt sich der nächste Fall, eine nicht näher beschriebene *Nötigung*, auf dieselbe Quelle und wird als *Angriff auf Unterkünfte* gewertet. Auch wenn die *Nötigung* von der Polizei als *politisch motivierte Kriminalität – rechts eingeordnet* wird, ist damit nichts bewiesen. Bekanntlich gibt es genügend Fälle von *Nötigungen innerhalb* der Asylbewerber-Szene. Ergebnis: 100% Falschmeldungen. (Fortsetzung folgt.)



502	<u>26.04.2016</u>	<u>Bad Segeberg</u>	SH	<u>Nötigung § 240 StGB</u>	X
-----	-------------------	---------------------	----	----------------------------	---

¹⁶ Siehe Artikel 2167 (S. 4/5), 2168 (S. 4), 2169 (S. 3), 2170 (S. 3), 2171 (S. 4/5), 2172 (S. 4), 2173 (S. 3/4)

¹⁷ <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/093/1809324.pdf>